



LIECHTENSTEINER Vaterland

#näher
dran
Diese Woche: Triesen

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Geburtsstätte der Wasserwehr
Triesen hat die grösste Wasserwehr des Landes und nimmt eine zentrale Rolle beim Hochwasserschutz ein. 7

Regierungskandidatin
Im ersten Interview erklärt Katrin Eggenberger, welche Werte ihr als Regierungsrätin wichtig wären. 3



Ehefrau fast zu Tode geprügelt: 12 Jahre Haft

Das Landgericht hat das Urteil, das es einst im Dezember vergangenen Jahres gefällt hat, bestätigt: Der Mann, der im Juni 2018 seine Frau derart verprügelt hat, dass diese durch schwere Kopfverletzungen heute schwerbehindert ist, muss für zwölf Jahre ins Gefängnis. Der Angeklagte ging nach dem erstinstanzlichen Urteil in Berufung und schliesslich landete der Fall vor dem Fürstlichen Obergericht. Dieses belies es bei der zwölfjährigen Haftstrafe, beauftragte aber das Kriminalgericht, den Anklagepunkt wegen versuchten Mordes noch einmal genau zu beurteilen. Mit dieser Aufgabe beschäftigte sich der Senat gestern. Für ihn stand schliesslich fest: Der Mann nahm in Kauf, dass seine Frau sterben könnte. Er harrete zwei Stunden neben seiner bewusstlosen und stark blutenden Ehefrau aus, ohne Hilfe zu holen. Er habe die Verletzung komplett falsch eingeschätzt, sagte der Angeklagte zu seiner Verteidigung. «Es tut mir leid, ich möchte mich entschuldigen.» (bfs) 5

Sapperlot

Überredungskünstler, Wortverdreher, Schwätzer, Betrüger. Die Begriffe verweisen ausnahmsweise nur indirekt auf einen amerikanischen Präsidenten, die «Lügenpresse» oder «alternative Fakten». Denn gemeint sind schlichtweg Vertreter einer antiken Philosophenschule: Die Sophisten. Ihr Verbrechen besteht in Kürze darin, hervorragende Rhetoriker zu sein und damit das eine oder andere mal «der ungerechten Sache den Sieg über die gerechte» zu verschaffen – und es mit der Wahrheit nicht immer so genau zu nehmen. Auch wenn es nun absurd klingen mag, sie haben der (antiken) Gesellschaft einen Dienst erwiesen: Die Frage nach der Wahrheit wurde fortan zum Gegenstand des Denkens. Wir haben Trump und Unmengen an «Fake News». Ein Glücksfall! Philosophische Debatten über Wahrheit und Lüge dürften wieder Aufwind erhalten. Auf die Sophisten folgte die Epoche der klassischen Antike. Ich sehe einem goldenen Zeitalter entgegen. Reto Mündle

Warum Populismus noch kein reales Problem ist

Christian Frommelt ging der Frage nach, wie populistisch Liechtenstein ist.

Dorothea Alber

Christian Frommelt, der Direktor des Liechtenstein Instituts, ist zwar kein Populismus-Forscher. Dennoch trifft er im Rahmen seiner empirischen Forschungen ad hoc immer wieder auf dieses Phänomen namens Populismus. Damit meint er kein unspezifisches Schlagwort im Alltagsgebrauch und auch keinen politischen Kampfbegriff. Nein, die Wissenschaft definiert Populismus unter anderem als Gegensatz und Ausgrenzung. Er ging angesichts der internationalen Entwicklungen der Frage nach, ob dies auch in Liechtenstein ein reales Problem ist. Die Antwort darauf fällt – anders als in der Wahrnehmung einiger – deutlich aus. «Populismus ist in Liechtenstein weder system- noch debattenbestim-

«Es gibt keine konsequent populistische Partei im Land.»

Christian Frommelt
Direktor des Liechtenstein-Instituts

mend», erklärte Frommelt gestern am Ethik-Forum in Balzers. Es gebe demnach keine konsequent populistische Partei. Auch Landtagsdebatten seien weitgehend frei von populistischer Rhetorik, wie seine Analyse zeigt. Populistische Argumentationsmuster treten zwar auf, aber eher in Leserbriefen, Standpunkten oder anderen schriftlichen Beiträgen. Dennoch erachtet der Forscher am Liechtenstein Institut Populismus als eine virulente Bedrohung für ganz Liechtenstein. Nicht nur Lohnkonkurrenz und hohe Lebenshaltungskosten wirkten unterstützend, nationalstaatlicher Autonomieverlust und parteipolitischer Einflussverlust könnten ebenfalls populistischen Tendenzen Vorschub leisten. Es gibt also auch Faktoren, weshalb Populisten hierzulande leichtes Spiel haben. 3

Eselstute missbraucht: Obergericht erhöht Strafe nicht

Das Obergericht bestätigte gestern das Urteil des Landgerichts: Eine bedingte Geldstrafe in der Höhe von 2100 Franken. Dem Mann wird vorgeworfen, im Februar eine Eselstute sexuell missbraucht zu haben. Er war vollumfänglich geständig. Der Staatsanwaltschaft war die Strafe aber zu wenig sie und forderte, die Geldstrafe auf 3600 Franken zu erhöhen. Der Berufung hat das Obergericht aber keine Folge geleistet. (bfs) 5

Auch Nationalrat will längeren Elternurlaub

Der Nationalrat hat sich, wie der Ständerat, für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub ausgesprochen. Ob die vier Wochen fordernden Initianten ihr Volksbegehren nun zurückziehen, ist offen. Im Parlament wird der Ruf nach grosszügigeren Elternzeitmodellen lauter. Ein einziger Tag wie heute? Künftig zwei, vier, acht Wochen bezahlter Urlaub für Väter? Oder doch ein Elternurlaub, eine Elternzeit nach dem Vorbild umliegender und skandinavischer Länder – je nach Modell zwischen 28 und 52 Wochen? Bei der Debatte in der grossen Kammer am Mittwoch war es zuweilen schwierig, den Überblick zu behalten. Andrea Gmür-Schönenberger (CVP/LU) fühlte sich «an einen persischen Markt» erinnert. Am Schluss setzte sich die von der ständerätlichen Kommission ausgearbeitete und von der kleinen Kammer gutgeheissene Lösung durch. Mit 129 zu 62 Stimmen bei einer Enthaltung stimmte der Nationalrat für den indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie». Das heisst grünes Licht für zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub.

Vier Wochen waren nicht mehrheitsfähig

Für den Kompromiss zwischen dem geltenden Recht und dem Anliegen der Initiative stimmte eine geschlossene Mitte-Links-Koalition, dagegen waren nur die grosse Mehrheit der SVP und einzelne FDP-Nationalräte. Die gesetzliche Lösung kann umgesetzt werden, wenn die Initiative an der Urne von Volk und Ständen abgelehnt wird oder wenn das Initiativkomitee sein Begehren zurückzieht. Väter könnten dann in den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes zwei Wochen bezahlten Urlaub nehmen. Dieser würde wie der Mutterschaftsurlaub über die Erwerbsersatzordnung finanziert. Die geschätzten Kosten belaufen sich laut dem Bund auf rund 229 Millionen Franken pro Jahr. Für den zweiwöchigen Urlaub würden 0,06 zusätzliche Lohnprozente erhoben. (awp/red)

Gedenken an den 11. September mit 3000 Fahnen



Der Rekrut steht während der gestrigen Gedenkfeier in Arizona still, flankiert von fast 3000 amerikanischen Fahnen in Erinnerung an die Opfer. Während der Zeremonie wurden all ihre Namen verlesen. Am 11. September 2001 fand ein koordinierter Terrorangriff auf symbolträchtige Gebäude der USA statt. Bild: Keystone



IMMOLEAGUE®

immoleague.ch

